

# Ein Wort zum Parteitag

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 8

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331491>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

12. JAHRGANG -- APRIL 1933 -- HEFT 8

## Ein Wort zum Parteitag

Von Ernst Reinhard.

Die Diskussion über Fragen der Parteidisziplin hat in der Partei nie große Freude erweckt; den Forderungen auf strenge Einhaltung der Parteigebote ist man immer mit einem wachen Mißtrauen gegenübergetreten. Wurde es notwendig, an die Disziplin zu appellieren, so sah man darin leicht nicht eine Stärke, sondern eher eine Schwäche der Partei.

Man hatte sich daran gewöhnt, daß die Partei überzeugen will, daß sie Gefolgschaft aus der freien Ueberzeugung des Parteigenossen heraus verlangte. Entstanden in der Folge zwischen einzelnen und der Partei Differenzen, die zu gelegentlichen Absonderungen kleinerer Gruppen in Parteikämpfen führten, so war man leicht geneigt, die Schuld an der fehlenden Geschlossenheit der Partei ihr selbst zuzuschreiben. Sie hatte nicht genügend Kraft aufgebracht, um auch die Widerstrebenden von der Richtigkeit ihrer Argumente zu überzeugen; die Dissidenz war erklärlich, weil die Partei bestimmte Fragen scheinbar nicht gründlich und erschöpfend genug behandelt hatte.

Wir haben daher seit der Parteispaltung eine ganze Reihe von Verstößen gegen die Parteibeschlüsse festzustellen, die in den seltensten Fällen zu Ahndungen führten. Auf der Parteirechten hat man gegen die Parteibeschlüsse verstoßen, indem man sich den Beschlüssen über die Politik der Partei dem Völkerbund und der Getreideversorgung gegenüber nicht fügte; auf der Linken, indem man die Parteibeschlüsse betreffend Zusammenarbeit mit den Kommunisten und ihren Organisationen offensichtlich umging. In allen Fällen haben diejenigen, welche die gefaßten Parteibeschlüsse als besonders richtig und in ihrem Sinne gelegen ansahen, von der Parteileitung scharfes Einschreiten verlangt. In den meisten Fällen hat die Parteileitung sich diesen Forderungen nicht direkt widersetzt, aber sie doch auch nicht allzu hitzig befolgt. Alle Ausschlußverfahren mußten notwendigerweise etwas von einem Ketzergericht annehmen; damit wollte die Partei sich nicht belasten. Sie hat daher auch die oft geradezu parteiverräterischen Aeußerungen aus der Ragazgruppe weiter nicht beachtet, weil sie sich sagte, daß ihr Ansehen durch einen Ausschluß von Leuten, die nicht ungern die Rolle

von Märtyrern übernommen hätten, mehr leiden werde, als durch die von der breiten Parteiöffentlichkeit kaum beachteten Befehdungen der Partei von dieser Seite.

Die Partei wollte auch ganz bewußt nicht in den Fehler verfallen, den gewisse andere Parteien begangen hatten, die mit um so rigoroserer Strenge gegen ihre eigene Opposition vorgingen, je mehr sie dem Bürgertum Konzessionen zu machen geneigt waren. Da in der Partei in wesentlichen Fragen oft zwei grundverschiedene, taktische Auffassungen vorherrschten, glaubte sie es als der proletarischen Demokratie angemessener, wenn sie, statt mit Polizeimaßnahmen einzuschreiten, die Richtigstellung falscher Ansichten der Entwicklung überließ. Sie hielt darum in den meisten Fällen die Maßregelung von Unbotmäßigen als eine Verschwendung von Parteikraft, die besser und nutzbringender gegen den bürgerlichen Gegner eingesetzt wurde.

Dieses Verhalten der Partei war zweifellos in dem Augenblick richtig, als die wirtschaftliche und politische Lage sich noch nicht derart verschlimmert hatte, wie das nun heute der Fall ist. Die letzten Jahre haben uns nach dieser Hinsicht einen völligen Umschwung gebracht. Der Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Regierung und gegen den internationalen Faschismus hat uns Aufgaben gestellt, die in keiner Weise mehr denjenigen der letzten Jahre gleichgestellt werden können. Gemessen an dem, was uns heute bevorsteht, an den entscheidenden Großkämpfen, denen wir entgegengehen, waren die Kämpfe um den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund, um die Lex Häberlin, um die Initiative Rothenberger, um die Sozialversicherung, um die Alkoholbelastung und um das Getreidemonopol fast nur Kinderspiel. Die eigentlichen großen und entscheidenden Kämpfe, in denen es um die wirkliche Neugestaltung unseres Staates, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft geht, kommen erst. Noch niemals war die Partei in einer so gefährlichen Lage, niemals hatte sie Probleme zu entscheiden, die von so ungeheurer Bedeutung waren wie die kommenden. Wir stehen vor der Kampfansage eines unter Musys Führung zusammengeschlossenen Bürgertums, das wissend oder unwissend dem Faschismus schweizerischer Prägung entgegentreibt.

Damit hat sich die Lage der Partei entscheidend geändert. Sie wird um ihre Existenz kämpfen müssen. Sie kann das nur tun, indem sie angreift. Sie kann das aber wiederum nur tun, indem sie bewußt ihren Charakter als Kampforganisation betont. In einer Kampforganisation kann es nur *einen* Willen geben.

Dieser Parteiwille muß, wie bis anhin, auf dem freiesten und demokratischsten Wege gebildet werden. In der Formulierung der Parteibeschlüsse muß die größte Freiheit walten; hier muß jeder seine Meinung sagen können, ja, hier hat jeder Denkende die Pflicht, das Problem vorher durchzudenken, das Für und Wider zu erwägen, für den Sieg einer Ansicht zu kämpfen. Presse, Parteisektionen, Parteivorstand und schließlich Parteitag tragen die Meinungskämpfe aus, führen die Beschlüsse mit den Mitteln der proletarischen Demokratie herbei. Sind sie aber einmal gefaßt, dann müssen sie gelten. Dann

haben auch diejenigen, welche innerlich nicht damit einverstanden waren, die unbedingte und durch gar keinen Umstand abzuschwächende und zu erlassende Pflicht, den Parteibeschuß auszuführen. Diese Ausführung darf nicht so sein, daß gerade das Nötigste getan wird; sie muß auch von den frühern Gegnern des Beschlusses mit dem Einsatz aller Kraft zum Erfolg geführt werden. Ist das Ziel der Partei einmal gesteckt, dann kann es keine zweite Möglichkeit mehr geben. Dann darf nicht mehr, im Namen einer falsch verstandenen Freiheit, etwas getan werden, was dem Parteibeschuß zuwiderläuft; es gibt ein Ziel, das hat die Partei bestimmt; es gibt einen Weg, den hat die Partei vorgezeichnet; es gibt eine Kraft, die haben alle Parteimitglieder, mögen sie stehen, wo sie wollen, zu bilden.

Die Partei kann unter diesen Umständen die alte Tolerierungstaktik nicht mehr befolgen. Wird sie hier schwach, dann verliert sie das Vertrauen. Schwäche enttäuscht immer, auch dann, wenn sie liebenswürdig ist. Willenskraft und Entschiedenheit des Willens reißen immer die Unentschlossenen mit, schaffen Vertrauen. Nichts untergräbt in Zeiten schwerer und entscheidender Kämpfe das Vertrauen so sehr wie die Uneinheitlichkeit des Willens, die Gewährung von Undiszipliniertheiten. Die Partei wird damit rechnen müssen, daß sie immer militanter wird; das verlangen von ihr die Entwicklung und die gegebene Kampfsituation, der sie sich anzupassen hat, will sie nicht untergehen. Mit allem Nachdruck aber muß noch einmal betont werden, daß diese strenge Parteidisziplin nur ertragen werden kann, wenn die Partei die Entscheidungen sucht, wenn sie die Ziele hoch steckt, wenn sie entschlossen ist, zu kämpfen, und wenn sie die Parteibeschlüsse in voller Freiheit fassen läßt. Nachdem aber diese Phase abgeschlossen ist, tritt die Gebundenheit jedes einzelnen in ihr Recht.

Es wird nicht zu umgehen sein, daß die Handhabung einer durch die Zeit verlangten strafferen Parteidisziplin scharfem Widerspruch begegnen wird. Man hat sich daran gewöhnt, daß die Partei von unendlicher Geduld ist — und man hat, nicht nur von einzelnen, sondern von ganzen Organisationen, diese Geduld reichlich in Anspruch genommen. Man hat die Meinung gehegt, daß sich die Partei gelegentlich die Richtung von Organisationen vorschreiben lasse, die mit der Partei lose verbunden sind, ohne daß sie sich ihr direkt unterstellen. Man wird nicht zögern, der Partei von dieser Seite den Vorwurf entgegenzuschleudern, daß sie Kadavergehorsam verlange, und daß sich gerade darin ihre innere Unsicherheit und Schwäche ausdrücke. Man wird behaupten, die Partei segle mit allen Segeln im Fahrwasser der unglücklichen SPD.

Nichts ist schiefer als eine solche Behauptung. Wenn die Partei die Willensbildung in der freiesten Weise nicht nur geschehen läßt, sondern sie als wesentlich und unbedingt sogar von allen fordert, wenn sie diejenigen, die gerne eine Art Parteiopposition bilden, unbeschränkt zum Worte kommen läßt, wenn sie jedem die Möglichkeit gibt, um die Seele der Mehrheit der Partei zu ringen, dann wendet sie sich eben ab von der Idee des Kadavergehorsams, der nur dann möglich ist, wenn eine

Parteimeinung durch Instanzen und Behörden von oben herab befohlen wird. In allen einigermassen wichtigen und entschiedenen Fragen, in denen anzunehmen ist, daß sie nicht von vornherein auf eine einheitliche, überall gleiche Parteimeinung stoßen, muß die Partei die Parteidemokratie den Parteiwillen bilden lassen. Keine Behörde kann diese Aufgabe erfüllen; nur die Parteimitgliedschaft als Parteidemokratie kann es. Sie selbst aber kann es nur tun, wenn der Partei die Ziele kühn und hoch gesteckt werden. Der Parteiwille bildet und entzündet sich an dem zu erreichenden Ziel.

In Deutschland haben ja auch nicht jene Parteien gesiegt, welche den Kadavergehorsam nicht kennen, sind nicht diejenigen unterlegen, welche dem Kadavergehorsam huldigten. Gegenüber der autoritären Willensbildung der Hitler-Partei war die bei der SPD. gerügte Kadaverdisziplin völlig unbedeutend. Den Kampf entschieden haben Mut und einheitlicher Wille; aber auch diese hätten es nicht tun können ohne das Werkzeug der straffsten Parteidisziplin.

Der Parteitag muß nach dieser Seite hin unzweideutig sein; er darf keinen Zweifel darüber lassen, daß er jedem die Möglichkeit gibt, wesentliche Gedanken in den Parteifragen auszusprechen; aber er muß gleichzeitig mit aller Deutlichkeit seinen Willen bekunden, in dieser entscheidungsschweren Stunde die Partei als militante Organisation mit einem durch ihn bestimmten, einheitlichen Willen kämpfen zu sehen. Neben diesem einen Parteiwillen hat kein anderer Platz. Die Partei hat nicht nur das Recht, sie hat geradezu die elementare Pflicht, von jedem zu verlangen, daß er sich, wenn der Beschluß einmal gefaßt ist, sich ihm unterwerfe und sich für ihn einsetze, daß er in seinem persönlichen politischen Verhalten unbedingt die Konsequenzen ziehe. Das gilt auch für die, welche glauben, den Parteiwillen nicht anerkennen zu können. Die Partei zwingt keinen, ihr beizutreten; sie gewährt in der Diskussion um die Beschlußfassung die allergrößte Freiheit; aber sie will auch keinen halten, der nicht mehr mit ihr einverstanden ist. Die Zeiten sind vorbei, wo die Partei auf die früher oder später ihr recht gebende Entwicklung vertrauen konnte; jetzt steht zu viel für die Arbeiterschaft auf dem Spiel. Der Blick auf diese Interessen des gesamten schweizerischen und internationalen Proletariats kann es keinem Verantwortungsbewußten schwer machen, die straffste und für alle gleichermaßen geltende Parteidisziplin als eine selbstverständliche Pflicht zu betrachten, ohne die keiner mit der Partei seine Aufgabe im Kampfe um die Freiheit erfüllen kann.

---

## Der heutige Zustand der schweizerischen Landwirtschaft

Von Ernst Nobs.

Im Raum der »Roten Revue« kann es sich nur darum handeln, in stark reduziertem Maßstab ein möglichst getreues Bild des derzeitigen Zustandes der schweizerischen Landwirtschaft zu geben. Diesem Quer-